

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 547.11 / 05.10.2011

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 +30 – Studierendenansturm und
Wohnraummangel

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

Mehr Engagement und Verständnis für die junge Generation ist dringend notwendig

Das aktuelle Chaos um Studienplätze und fehlenden Wohnraum zeigt, welch mangelhaftes Verständnis die Politik für die Zukunftsperspektiven und Ängste der jungen Generation hat.

Eine gute Bekannte von mir gehört beispielsweise zu der Gruppe an AbiturientInnen, der während ihrer Schulzeit immer eingeredet wurde, wie wichtig es ist, dass man immer schneller ausgebildet wird. Sie hören, wie sehr sie aufgrund des Fachkräftemangels gebraucht werden, wie wichtig Flexibilität ist und, dass Sie, wenn sie denn fleißig den Empfehlungen aus der Politik und Wirtschaft folgen, eine tolle Zukunft vor sich haben.

Es sind diese Sätze, die viele junge Menschen im Kopf haben, wenn sie in diesen Wochen Absage über Absage von Hochschulen kassieren. So kommt die Zeit, die durch Schulzeitverkürzung eingespart wurde, hinten wieder drauf.

Viele von ihnen haben hervorragende Abschlussnoten, die früher für jeden Studiengang gereicht hätten. Und dann wird immer von Einigen lapidar gesagt: „Naja, dann kann man halt eben nicht mehr an seinem Wunschort Medizin studieren.“

Darum geht es aber schon längst nicht mehr. Die junge Generation macht enorm viele Kompromisse. Viele bewerben sich für ihre eigentlichen Wunschstudiengänge oder Orte gar nicht erst.

Gerade auch in Lehramtsstudiengängen für Fächer wie Deutsch und Erdkunde hat sich die Lage extrem zugespitzt. Auf einen Studienplatz kommen 13 Bewerbungen, in bestimmten Studiengängen sogar noch mehr.

Gerade junge Menschen aus meiner Generation, die aus einkommensschwachen Elternhäusern kommen, haben kaum noch eine Chance im Kampf um Studienplätze. Oder um es ganz deutlich zu sagen: Die soziale Spaltung an den Hochschulen wird so weiter zunehmen.

Und wer dann doch einen Studienplatz ergattern konnte, dem vergeht spätestens bei der Wohnungssuche die Freude auf das Studium. So berichten mir andere Freunde, dass es beispielsweise in Lübeck und Flensburg bisher unmöglich war, bezahlbaren Wohnraum zu bekommen. Und das, obwohl der große Ansturm erst in zwei Wochen erwartet wird. Dies gilt erst Recht für öffentlichen Wohnraum, aber auch für kostengünstigen privaten.

In Flensburg probiert beispielsweise das International Office der Universität über Makler für internationale Studierende noch Wohnraum zu finden. Doch Fehlanzeige: Außer überbezahlte Ferienwohnungen oder Wohnungen für Familien ist nichts mehr frei.

Diese Probleme sind hausgemacht. Herr Minister de Jager, Sie und Frau Schavan wurden mehrmals vorgewarnt. Ich will hier gar nicht unsere Initiativen aus den vergangenen Jahren wiederholen, sondern diesmal auf den Präsidenten des Deutschen Studentenwerks Rolf Dobischat verweisen. Er hat mehrmals die gemeinsame Wissenschaftskonferenz und die Bundesbildungsministerin genau davor gewarnt. Doch leider wollten Sie nicht hören.

Wir Grüne wollen, dass Sie handeln. Deshalb treiben wir Sie mal wieder zur hochschulpolitischen Aktivität. Wir brauchen dringend weitere Studienplätze. Und zwar bis zum nächsten Semester. Jetzt. Nicht erst in mehreren Jahren. Wir fordern deshalb, dass die Landesregierung bei Frau Schavan anruft und gemeinsam Lösungen erarbeitet.

Wir können nicht nachvollziehen, warum Sie, ob im Ausschuss oder in der Antwort auf meine Kleine Anfrage, sich dem verweigern. Keiner fordert von Ihnen, dass Sie dieses Problem alleine lösen. Aber ein bisschen mehr Engagement würden wir uns schon wünschen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Wohnraum. Jetzt haben Sie auf unseren Druck hin eine Arbeitsgruppe für den Bereich Wohnraum eingerichtet, allerdings wünschen wir von uns mehr Tatendrang und klarere Aussagen in der Wohnraumförderung.

Es ist außerdem absolut unverständlich, dass Sie sich dagegen verwehren, eine Task Force zur Situation an den Hochschulen einzurichten und dort unter anderem eine Entzerrung des Studienangebots, der Lehrpläne und aber auch die Einführung des dialogorientierten Serviceverfahrens zu diskutieren.

Ich fordere Sie eindringlich auf, stimmen Sie unserem Antrag im Sinne der Sache und der Zukunftschancen des Landes zu.
